

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 24/2024 vom 13.06.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Aleksander Kwaśniewski: Ich möchte meine persönlichen Entscheidungen erläutern. Man könnte sie als Opportunismus bezeichnen*
- *Nur in Polen können Verbrecher frei herumlaufen und ihre Spuren verwischen*
- *Der Westen muss diesen Krieg gewinnen, den es eigentlich gar nicht hätte geben sollen*
- *Zone der Gesetzlosigkeit. Sie wird den Tourismus zerstören und die schwächsten Migranten in Gefahr bringen*
- *Polnische Spuren in der europäischen Operation des Kremls*
- *Warnschüsse*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Aleksander Kwaśniewski: Ich möchte meine persönlichen Entscheidungen erläutern. Man könnte sie als Opportunismus bezeichnen



Aleksander Kwasniewski

Quelle: wyborcza.pl

Interview von **Jarosław Kurski** mit dem ehemaligen Präsidenten **Aleksander Kwaśniewski**

Jarosław Kurski: In den 1980er Jahren hielt ich Sie für einen Karrieristen und Opportunisten. Sie waren in der SZSP, in der PZPR, Sie waren Chefredakteur des Sztandar Młodych, „ITD“, Minister für Jugend und Sport. Ein Wunderkind des Regimes. Wir von der antikommunistischen Opposition betrachteten Sie mit moralischer Überlegenheit und manchmal mit Verachtung. Dann hat sich mein Chef mit Ihnen an den runden Tisch gesetzt, ist zum „Du“ übergegangen... Das hat mich sehr wütend gemacht. Kompromiss ist Kompromiss, aber warum sich gleich verbrüdern. Ich war kein Befürworter der Präsidentschaft von Lech Wałęsa, aber Ihr Sieg - das war ein Drama. Die Rückführung des Kommunismus. Obendrein haben Sie die zweite Amtszeit gleich im ersten Wahlgang gewonnen. Und hier ist das Paradoxe. Sie haben sich als der beste Präsident der Nachkriegszeit erwiesen. Sie haben das meiste erreicht: Die Verfassung, die NATO, die Europäische Union. Und die wirkliche Rückführung des Kommunismus spendierte uns die PiS. Das Schicksal verhöhnt uns manchmal grausam... 1974 haben Sie als 20-Jähriger zwei Reisen unternommen - nach London und eine zweite nach Moskau. Mit welchen Eindrücken sind Sie aus beiden Hauptstädten zurückgekehrt?

Aleksander Kwaśniewski: Das Aufeinanderprallen von zwei Welten. In London wohnte ich bei einem Freund meiner Eltern, der Techniker in der Rover-Fabrik war. Es war die gehobene Arbeiterklasse. Ein kleines Haus mit Garten, ein Auto, Urlaub im Ausland. Wenn man den Lebensstandard eines polnischen

Arbeiters damit verglich, konnte man sehen, dass mit dem Führungssystem etwas nicht stimmte. Nach Moskau war es eine Studentenreise. Wir wohnten im Inturist-Hotel in Acht-Bett-Zimmern, Bäder auf den Fluren, keine Toiletten. Schrecklich beklemmend, Kontrollen auf Schritt und Tritt, schon am Flughafen. Eine abstoßende Welt. Und die Erkenntnis, dass wir aufgrund der Beschlüsse der Großen Drei von Jalta, Churchill, Roosevelt und Stalin, nicht aus ihr herauskommen würden, dass wir in ihr leben und so viel wie möglich verändern mussten. (...)

Anstatt der Opposition haben Sie sich für die Sozialistische Union Polnischer Studenten entschieden.

(...) Ich möchte meine Entscheidungen erklären. Man kann sie Opportunismus oder Pragmatismus nennen. Wenn ich jedoch mein ganzes Leben betrachte, denke ich, dass ich ziemlich kreativ gehandelt und meine Chancen genutzt habe, ja in den 1980er Jahren, am Runden Tisch, was ein großer Durchbruch war, als Anführer der Linken und so weiter. Meine Präsidentschaft fiel in das Ende einer Ära des Optimismus in der Welt. Es schien, dass nach dem Zusammenbruch der UdSSR die Möglichkeiten endlos waren, dass die NATO und die EU vor uns standen. Unterdessen Big Bang - also die große EU-Erweiterung im Jahr 2004 - war der letzte Moment. Danach gab es nur noch Unglücksfälle. Die Lehman-Brothers-Krise, die Migrationskrise, die Pandemie und die russische Aggression gegen die Ukraine. Wir haben das Beste aus dieser Zeit gemacht. Es gab eine große öffentliche Aufregung. Wir wollten die Demokratie haben und danach streben. Als ich das Amt an Lech Kaczyński übergab, bat ich ihn um ein persönliches Gespräch unter vier Augen, um ihn mit einigen vertraulichen Angelegenheiten zu betrauen. Dabei sagte Leszek: „Olek, du hattest so ein Glück, dass du uns in die NATO gebracht hast, in die Union, es gibt eine Verfassung. Und was soll ich jetzt machen? Was rätst du mir?“ Ich sagte darauf: „Unsere Präsenz in beiden Strukturen muss verstärkt werden. Man darf es nicht vermässeln...“ Ich habe das Amt übergeben, aber die Geschichte hat gezeigt, man kann alles vermässeln...

Aber das hat eher sein Zwillingsbruder vermässelt...

Ja, aber ich würde sagen, es ist ein nicht wahrnehmbarer Unterschied, zumindest für das Auge.

Der Pessimist sagt: „Schlimmer kann es nicht mehr werden.“ Und der Optimist: „Doch, kann es, kann es!“

So war das. Dem Glück muss man helfen. Uns ist das damals gelungen.

In diesem Sinne halte ich Sie für ein vergeudetes Potenzial. Sie sind seit fast 20 Jahren im präsidentialen Ruhestand. So sind Sie von geringem Nutzen.

Soll das ein Kompliment sein? Das lehne ich ab. Es ist ahistorisch. Gelegenheiten werden ergriffen, wenn sie sich bieten. Janina Paradowska hat mir einmal gesagt, ich sei zu früh Präsident geworden.

Und Sie haben zu früh aufgehört.

Wir haben eine Regel für zwei Amtszeiten. Ich habe sie selbst in die Verfassung geschrieben und halte sie für einen Segen. (...)

Mein Kompliment hat eine Rückseite. Ich meine die letzten acht miesen Jahre. Das war der Punkt, an dem alles zusammengebrochen ist. Tusk kehrte zurück ins Spiel und Sie beschränkten sich auf Kommentare.

Aber der Unterschied zwischen mir und Tusk war, dass Tusk nicht aus der Politik ausgestiegen ist, während ich es tat. 1995 - aus der Parteipolitik, und 2005 - ganz raus.

Waren Sie nicht versucht, zurückzukehren? Schließlich wurden alle Errungenschaften Ihrer Präsidentschaft, die Demokratie, die Verfassung, unsere transatlantischen Beziehungen und die EU-Mitgliedschaft mit Füßen getreten.

Nun, nein. Ich habe meine Meinung gesagt, ich habe meine Formation unterstützt.... ein schmerzhaftes Thema. Es war gut, dass es jemanden gab, der mehr Aktiva hatte als ich.

Der wichtigste Tag im Leben des Präsidenten? Ich kenne die Antwort: das siegreiche Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union am 8. Juni 2003. Sie haben es in eine Reihenfolge gebracht: die Taufe Polens, die Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1918 und der Beitritt zur Union. 20 Jahre sind vergangen, wie sehen Sie die Union nach diesen 20 Jahren?

Wir befinden uns in einer Zeit des Chaos. Amerika will seine Position als Führer der Welt beibehalten. China will es werden. Das imperiale Russland möchte wieder Großrussland werden. Auch Indien hat seine Ambitionen, und Europa fragt sich, was es mit all dem anfangen soll. Die Sicherheit, einschließlich der Energiesicherheit, steht auf dem Spiel. Mit anderen Worten: Was ist, wenn Putin nicht bald verliert, und es ist klar, dass er nicht bald verlieren wird? Was ist, wenn China einen aggressiveren Weg einschlägt? Heute übt sich China in konfuzianischer Geduld, denn ein Krieg begünstigt China und schwächt seine Konkurrenten Amerika und Russland. Aber wenn China Taiwan angreift, wie würde der Westen reagieren? Die Verhängung von Sanktionen gegen chinesische Waren wäre selbstmörderisch, denn wir sind so abhängig von ihnen geworden, dass wir nicht einmal mehr Covid-Masken herstellen konnten. Der Klimawandel wird die Migration nach Europa - diese Zone der Stabilität und des Wohlstands - verstärken und Unruhen verursachen. Und das letzte Element: technologische Veränderungen, die den politischen Dialog ruinieren, die Verbreitung von Fake News, Troll-Farmen und deren Einfluss auf Wahlen - all das stürzt die Demokratie in eine Krise. Populisten werden dies ausnutzen.

Wird denen das gelingen? Auch Hitler träumte von einem vereinten Europa, nur ohne Juden und Kommunisten.

Ich glaube, selbst wenn sie ihre Position nach den Europawahlen festigen, reicht das nicht aus, um die Christdemokraten, Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen zu dominieren. Aber die Demokraten müssen ihre Sprache ändern, sich um die Verteidigungskräfte der EU kümmern, eine klare und durchsetzungsfähige Migrationspolitik formulieren, sich von China unabhängig machen und - was am wichtigsten ist - vernünftige, glaubwürdige Führungskräfte zu haben.

Die polnische Verabscheuungspolitik gegenüber der Union trägt vergiftete Früchte. Die Unterstützung der Polen für die Union nimmt ab.

Denn wir bewegen uns aus dem Zustand der Verliebtheit in die EU heraus und hin zu reiferen Positionen. Aber wenn die PiS ein Pol-Exit-Referendum durchführen wollte, hätte sie keine Chance, es zu gewinnen, weder jetzt noch in den kommenden Jahren. Wir haben auch das Beispiel von Cameron, der gezeigt hat, wie gefährlich es ist, den antieuropäischen Geist aus der Flasche zu lassen. Er dachte, er bekäme es unter Kontrolle und endete im Brexit. Diese PiS-Sprache der Lüge über die EU ist auf lange Sicht gefährlich. Wir haben heute starke Trümpfe in der EU: eine Regierung, die Europa nicht den Rücken kehrt, die sich nicht in eine Ecke stellt. Und wir haben zwei schwergewichtige Kämpfer: Tusk und Sikorski, die im Vergleich zu den meisten Ministerpräsidenten und Außenministern sehr gut abschneiden. Das sind die wahren Staatsmänner. Was mir Sorgen macht, ist, dass es zu wenige mutige Politiker gibt, die es verstehen, unpopuläre, aber notwendige Themen wie den Green Deal zu verteidigen.

Die Regierung von Mateusz Morawiecki hat für das „Klimagesetz“ gestimmt, auf dem der Green Deal 2021 basiert, aber jetzt geht der ehemalige Premierminister zu Kundgebungen von antieuropäischen Nationalisten und sagt das Gegenteil.

Dazu fällt mir nichts mehr ein. Mein ganzes Leben lang habe ich versucht, professionell Politik zu machen. Es ist unmöglich, ein solches Kunststück zu vollführen, bei dem wir einerseits der Ukraine helfen und vor dem russischen Imperialismus warnen, während wir andererseits Orbans pro-russische, pro-Putin, antieuropäische und antipolnische Politik unterstützen. Sich mit Salvini, Le Pen usw. zu treffen, bedeutet, die Politik aller Werte zu berauben. Reiner Zynismus - die Union zu zerschlagen, nur, weil sie die Rechtsstaatlichkeit in Polen einfordert.

Morawiecki fehlt das Gespür für die Tragödie der Geschichte, die Erinnerung an das Grauen eines Krieges, der sich zu wiederholen droht? Er versteht nicht, dass wir in einer Vorkriegszeit leben. In alten Alben finden sich Bilder von unbeschwerten Strandbesuchern in Gdynia am 31. August 1939. Doch findet der Krieg bereits an unseren Grenzen statt.

Leider hat sich das Paradigma für das Gewinnen von Wahlen in Polen und auf der ganzen Welt geändert. Zu meiner Zeit konnte man nur gewinnen, wenn man sich in die Mitte bewegte. Um die Ränder abzumildern. Seit Beginn unseres Jahrhunderts ist die Polarisierung zur Antwort auf Krisenzeiten geworden. Wir ziehen eine Demarkationslinie, stigmatisieren Gegner, bezeichnen sie als Verräter, Agenten, Migranten, Parasiten. Die Auswirkungen sind katastrophal. Die Tiefe der Spaltung der amerikanischen Gesellschaft ist beispiellos. Parteiübergreifende Kompromisse gibt es in den USA nicht mehr. Auch in Polen. Das könnte große Probleme mit sich bringen, denn die EU ist auf Kompromissen aufgebaut. Wenn wir ein polarisierendes Konzept auf sie anwenden, wird sie nicht überleben. Das Ausnutzen von Unterschieden und Spaltungen in einer EU mit 27 Mitgliedern, deren Erweiterung noch bevorsteht, ist ein Weg ins Nichts. Dialog, Kompromiss und interne Demokratie - das sind die Grundlagen der Union.

Dann ist die Antwort vielleicht noch mehr Integration?

Ich lehne die Idee einer Föderation und vereinigter EU-Staaten nicht ab, aber es ist noch zu früh dafür und ich glaube nicht, dass ich einen solchen Moment noch erleben werde. Heute stärkt das Gerede über eine Föderation nur die Populisten. (...)

Den Sieg vom 15. Oktober verdanken wir der Jugend und den Frauen. Aber dieser Sieg steht auf wackeligen Beinen, er steht auf einem brüchigen Fundament. Ich befürchte einen Rückfall zur PiS.

Ja und nein. Dieser Sieg ist wirklich bedeutsam. 75 % der Menschen sind zu den Urnen gegangen. Das ist ein Durchbruch. Die Koalitionsregierung hat einen Wähler, aber einen schwierigen, einen anspruchsvollen, einen politisch bewussten und einen mit begrenzten Zugeständnissen. Er schätzt seine Stimme. Wenn ich etwas raten müsste, würde ich empfehlen, dass die Koalition besser mit den Wählern kommuniziert und Kontakt aufnimmt. Entscheidungen müssen besser begründet werden, insbesondere solche, die nicht 100 % der Erwartungen erfüllen. Aber meiner Meinung nach ist er ein treuer Wähler. Strömungen in Richtung PiS erwarte ich nicht. Das Gefährliche ist, dass die Leute wieder zuhause bleiben werden. (...)

In Russland waren es zunächst die Oligarchen, die Jelzin wählten, und dann war es Putin, der beschloss, dass er die Oligarchen wählen würde. In Ihrem jüngsten Buch „Der Präsident“ erwähnen Sie Treffen mit Putin. Kein polnischer Politiker hat jemals so oft allein mit ihm gesprochen, noch dazu auf Russisch?

Führer aus dem Osten sprechen nicht gern vor Zeugen. Auch nicht vor Dolmetschern. Bis 2005 haben wir uns viele Male getroffen. Aber die orangene Revolution war die Zäsur. Als ich mich auf die Seite der ukrainischen Demokratie und gegen die von Janukowitsch manipulierten Wahlen stellte. Ich erinnere mich vor allem an zwei Gespräche. Im Jahr 2002. Putin zeigte mir seine Privatwohnungen im Kreml. Ich lernte seine beiden Töchter kennen. Ich war bereits seit sieben Jahren Präsident, er erst seit eineinhalb Jahren. Ich fragte ihn nach seinen Zielen. Er nannte zwei. Die Wiederherstellung des internationalen Ansehens Russlands und die Wiederbelebung Großrusslands. „Welikaja Rassija“ - ich erinnere mich an diese Worte. Und das bedeutet ein Russland mit der Ukraine, mit Weißrussland, mit dem Kaukasus und Zentralasien. Er sprach sehr schlecht über Gorbatschow. Nur ein wenig besser über Jelzin, obwohl er ihm die Präsidentschaft verdankte.

Erwähnte er, dass der Zusammenbruch der UdSSR die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts war?

Diesmal nicht. Schließlich fragte ich ihn nach prominenten Persönlichkeiten der Geschichte, denen er gerne nahefeiern würde. Er nannte Peter den Großen, Katharina die Große und Jossif Wissarionowitsch. Er

sagte es in dieser KGB-Sprache, wo man den Namen Stalin nicht ausspricht. Ich äußerte die Vermutung, dass er wahrscheinlich der Vierte auf dieser Liste sein wollte. Wir haben gelacht, aber aus heutiger Sicht können Sie sehen, dass wir bitterlich hätten lachen müssen. Ich scherzte, dass er unter diesen vier nur der zweite Russe sein würde. Damals habe ich das nicht ernst genommen. Ich dachte, das sei so ein 'Traum' eines jungen Präsidenten.

Das Problem ist, dass Hitlers Ausbrüche aus „Mein Kampf“ auch nicht à la lettre genommen wurden, und so hätten sie gelesen werden müssen.

Später wurde mir klar, dass der Moment, in dem sich dieser Traum in einen konkreten Plan für die Ukraine verwandelte, die orange Revolution war. Damals erkannte Putin, dass erstens die Ukraine ihm in den Westen wegfließen könnte, und zweitens, dass ein postsowjetisches Land eine Demokratie haben könnte. Mehr noch, die Straße war in der Lage das zu erzwingen. Nun, das war zu viel. Es bedrohte seine persönliche Position, denn wenn die Ukrainer das können, warum nicht auch wir Russen?

Dann gab es den Maidan, die Annexion der Krim und die großspurige Rede vor dem Obersten Rat. Wir haben sie in der Wyborcza zur Erinnerung in voller Länge abgedruckt. Schon damals hat niemand im Westen Putins Worte ernst genommen.

Man kann ihm nicht vorwerfen, unehrlich gewesen zu sein. Er hat es sowohl in München auf der Sicherheitskonferenz als auch in anderen Reden gesagt. In weitschweifigen Artikeln hat er Dinge vorausgesagt, die geschehen würden. Ich analysiere Putins Entwicklung und stelle fest, dass es zuerst einen Traum gab, ab 2005 einen harten Plan und ab 2014 reine Besessenheit, die in der Aggression vom 24. Februar gipfelte. Ich schließe nicht aus, dass wir noch schlimmere Dinge erwarten können. (...)

Sie gehören dem Gremium ehemaliger bedeutender Weltpolitiker an, dass gerade eine Empfehlung abgegeben hat, der Ukraine die Aussicht auf eine NATO-Mitgliedschaft bis 2028 zu eröffnen.

Es ist ein gutes Dokument. Wir haben in einer Gruppe gearbeitet, die vom ehemaligen dänischen Premierminister und NATO-Generalsekretär Anders Rasmussen geleitet wurde. Dazu gehören Marek Belka und ich, Mikuláš Dzurinda aus der Slowakei, Hilary Clinton, Boris Johnson, Kanadier, Deutsche... Dies ist eine Position für den Washingtoner Gipfel der Nordatlantikvertragsorganisation. Ich glaube, wenn dieser Gipfel keine Einladung an die Ukraine bringt, der NATO beizutreten, dann ist es besser, wenn er gar nicht stattfindet, denn die ganze Welt wird nur darauf warten. Andernfalls senden wir ein Signal an Putin, dass die NATO nicht bereit sein wird, die Ukraine aufzunehmen, solange er diesen Krieg in die Länge zieht. In der zweiten Diskussion ging es um den Termin. Ich argumentierte, dass wir es uns als Gruppe ehemaliger politischer Führer leisten können, mehr zu tun. Wenn wir über eine sichere Ukraine sprechen wollen, haben wir nichts anderes zu bieten als die Mitgliedschaft in der NATO. Ein weiteres leeres Versprechen oder Memorandum, das sogar von allen Heiligen unterzeichnet wird, wird nichts bewirken. Das haben wir 2014 und 2022 gesehen. (...)

Die größte Bedrohung für die Unterstützung der Ukraine ist wahrscheinlich ein Sieg von Trump.

Die Frage ist, ob es Europa bei einer Kürzung der US-Hilfe für die Ukraine gelingen wird, die Lücke zu schließen. Die Ukrainer müssen außerdem die Möglichkeit haben, unsere Waffen nach ihren taktischen Plänen einzusetzen. Wenn wir sagen, ihr könnt schießen, aber nur bis zur Grenzlinie, wird dieser Krieg niemals enden.

(...)

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,31013535,aleksander-kwasniewski-jestesmy-na-powaznym-zakrecie.html>



www.mleczko.pl

**JETZT SIND SIE GUT GESCHÜTZT,
ABER EINES TAGES WIRD EIN NEUER OBERSCHÄFER KOMMEN,
UND DANN SIND SIE DRAN.**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Nur in Polen können Verbrecher frei herumlaufen und ihre Spuren verwischen



Eliza Michalik

Quelle: natemat.pl

Von **Eliza Michalik**

In einer Welt, in der die Verbrechensbekämpfung ernst genommen wird, laufen Verhaftungen wie folgt ab: Die Polizei oder Spezialeinheiten betreten auf Anweisung der Staatsanwaltschaft gleichzeitig (am selben Tag, zur selben Zeit) die Wohnungen aller Personen, die einer Straftat verdächtigt werden. Sie werden angehalten und gleichzeitig befragt, sodass sie überrascht und verwirrt sind, keinen Kontakt zueinander haben, nicht wissen, wer was aussagt und ob jemand jemanden „verpiffen“ hat - um so viele Informationen wie möglich zu erhalten, um jemanden zur Kooperation zu bewegen und um zu verhindern, dass die Verdächtigten Zeugen bestechen, einschüchtern oder etwas verschleiern können.

Eine solche Aktion ist natürlich das Ergebnis monatelanger Arbeit und wird bis zum Schluss geheim gehalten, um Straftäter nicht zu warnen oder zu verschrecken.

In Polen hingegen geht man folgendermaßen vor: Zuerst sickert ins Fernsehen und in die Zeitungen durch, dass es Tonbänder gibt, auf denen die Verbrecher aus [der Partei] *Suwerenna Polska* ihre Verbrechen besprechen und sich sogar darauf einigen, wie sie die Staatsanwaltschaft täuschen und ihre Spuren verwischen können. Dann reden alle Medien und die „empörten“ Politiker der Koalition vom 15. Oktober ein oder zwei Tage lang darüber, und dann ist das Thema wieder vom Tisch. Die Menschen werden der heftigen Emotionen, die durch solche Informationen ausgelöst werden, schnell überdrüssig, und der Staub legt sich im Nu.

Effekt?

Die Kriminellen gehen langsam und – weil sie bereits gewarnt wurden – leise vor, verwischen ihre Spuren, überlegen sich, wie sie sich besser gegen Polizei und Staatsanwaltschaft wehren können und wie sie den Fall der Öffentlichkeit „verkaufen“ können. Und so kommt es, dass trotz des großen Medienrummels für eine Weile ein wenig Regen aus einer großen Wolke fällt, da es den Verdächtigen recht gut geht, wenn sie den Ratschlägen der teuren und effektiven Anwälte folgen, die sie zweifelsohne engagiert haben. Und die Wähler der Koalition vom 15. Oktober fühlen sich zunehmend betrogen, sind wütend, frustriert, desillusioniert, genervt und haben wieder einmal das Gefühl, dass die PiS sie über den Tisch gezogen hat. Zu Recht, um genau zu sein.

Ich verstehe nicht, warum die Medien die Bänder veröffentlicht haben, bevor die Staatsanwaltschaft ihre Arbeit getan hat. Ich sehe darin keinen Zweck oder Sinn, außer dass jemand damit im Wahlkampf ein paar Punkte sammeln will.

Was ich weiß, ist, dass die Aufmerksamkeitsspanne der Menschen heutzutage schnell abnimmt, und dass die wahllose und planlose Ausbeutung eines so wichtigen Themas durch die Medien der Koalition auf lange Sicht Schaden wird.

Ich habe auch die Sprache der Koalitionspolitiker bemerkt, die sich in den Medien zu diesem Thema äußern. Sie spielen es herunter, wahrscheinlich unbewusst, indem sie Formulierungen wie „PiS und *Suwerenna Polska* sind eine Diebesbande“, „Partei der Diebe“ usw. verwenden. Das sind Euphemismen, die nicht verwendet werden sollten.

Denn sowohl die PiS als auch die *Suwerenna Polska* sind in Wirklichkeit Parteien, die wie kriminelle Organisationen handeln. Können Sie mir ein anderes Land auf der Welt nennen – abgesehen von Regimen –, in dem der Justizminister an der Spitze einer organisierten kriminellen Gruppe steht, die die Bürger, die Opfer von Straftaten, bestiehlt, und in dem darüber hinaus, wie auf Tonband festgehalten, seine Untergebenen darüber diskutieren, wie sie die Staatsanwaltschaft, die sie mit Füßen tritt, betrügen können? Das sind Parteien, die verboten werden sollten, weil sie gegen das Gesetz verstoßen haben und nach der polnischen Verfassung kein Recht mehr haben, tätig zu sein.

Gab es einen PiS-Maulwurf im Justizministerium? Ich würde es nicht beachten, denn es gibt in ganz Polen, in jedem Ministerium und jeder Institution, in der PiS-Anhänger sitzen, tausende von Menschen, die Gespräche aufnehmen. Denn viele von ihnen sind genau dazu da, um Beweise, Schmutz aufzuzeichnen und Material über die neue Regierung zu sammeln, alles, was später gegen die demokratischen Parteien verwendet werden soll.

Leider zeigt der Fall Obajtek, dass es möglich ist, den polnischen Staat lächerlich zu machen und uns ins Gesicht zu lachen, und niemand kann etwas dagegen tun. Wenn es so weitergeht, sehe ich für die Wahlen in 3,5 Jahren schwarz. Und Sie werden sich wundern, wie schnell die Zeit vergehen wird.

Zsfg.: JP

<https://natemat.pl/558032,felieton-elizy-michalik-o-nagraniach-z-funduszu-sprawiedliwosci>

Der Westen muss diesen Krieg gewinnen, den es eigentlich gar nicht hätte geben sollen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Ernest Skalski**

In der alten Welt war es so, dass die verweichlichten oder paradeuniformierten Botschafter den Außenministern ankündigten, dass ein Krieg zwischen dem Land, das sie vertraten, und dem Land, in dem sie bisher gedient hatten, bevorstand. Die Parlamente verabschiedeten in aller Eile unbegrenzte Befugnisse für die Regierungen und unbegrenztes Geld. Das heißt, Kanonen statt Butter, wie die Pazifisten später sagten. Mit Blumen geschmückte Züge mit Kanonen und Soldaten fuhren von Bahnsteigen voller überschwänglicher Patrioten und weinender Ehefrauen ab. In allen kriegführenden Staaten glaubte man, dass der Krieg bis Weihnachten siegreich beendet sein würde.

Zwei Weltkriege oder einer mit einer Pause von 20 Jahren?

Es war im August 1914, und der Große Krieg der weißen Männer (ein vom deutschen Schriftsteller Arnold Zweig geprägter Begriff) begann. Er passt zu beiden Weltkriegen, auch wenn in beiden Kriegen Nicht-Weiße beteiligt waren. Nach dem Ende des ersten Krieges 1918 und nach der Friedenskonferenz ein Jahr später in Versailles erklärte der französische Oberbefehlshaber Marschall Ferdinand Foch, dass es sich nicht um einen Friedensvertrag, sondern um einen Waffenstillstand für zwanzig Jahre handele. Was Europa betrifft, so lag er nicht einmal ein Jahr daneben.

Der nächste war schon ein anderer Krieg, und er begann in verschiedenen Jahren und an verschiedenen Orten, angefangen mit der japanischen Aggression in China. Ohne sich um die vorbereitenden Zeremonien zu kümmern, aber mit einem Paukenschlag. Mit massiven Angriffen zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Der gängige Begriff ist „Einzug des Drachen“, aber er passt auch zu Hitchcocks Filmrezept. Ein Erdbeben am Anfang, und dann baut sich die Spannung allmählich auf. Vermutlich haben die Initiatoren des Zweiten Weltkriegs in Betracht gezogen, dass der erste Krieg viereinhalb Jahre statt der erwarteten vier Monate dauerte, und wollten die Dinge daher beschleunigen.

Die beiden großen Kriege des 20. Jahrhunderts hatten eines gemeinsam: Multimillionenheere ersetzen angeworbene Condottieri und zwangsrekrutierte Bauern. Die fortschreitende Demokratisierung im 19. Jahrhundert verringerte allmählich die Ungleichheiten bei der Verteilung von Rechten und Pflichten, ohne sie jedoch vollständig zu beseitigen. Die Bevölkerung wurde zu einer Gesellschaft, und die Bewohner der Staaten wurden zu deren Bürgern. Schritt für Schritt erhielt jeder die Bürgerrechte, aber viel schneller wurden die Pflichten, einschließlich der Pflicht zur Verteidigung des Staates, für alle vereinheitlicht. Also allgemeine Wehrpflicht, Bereitstellung von Reservisten und allgemeine Mobilmachung in Kriegszeiten. Damit begannen wir das 20. Jahrhundert. Auch im rückständigen Russland. Alexander II., der Reformier, der von 1855 bis 1881 regierte, führte die allgemeine Wehrpflicht ein.

Große Armeen erforderten eine Umstellung der Wirtschaft auf die Erfordernisse des Krieges, und der Krieg war nicht länger ein riskantes Geschäft, bei dem der Ausgang davon abhing, ob man gewann oder verlor. Er wurde sowohl für die Besiegten als auch für die Sieger unrentabel. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten Deutschland, die UdSSR und Japan dies jedoch noch nicht begriffen und entfesselten den Zweiten. Er endete vor 79 Jahren, wovon 77 Jahre, bis zum 24. Februar 2022, die Überzeugung bestärkten, dass es keinen weiteren Krieg dieser Art geben würde, obwohl der kalte Krieg mehrmals fast heiß war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es noch Kolonialkriege. Es gab den erbitterten Krieg in Korea (1950-1953), aber das war noch weit weg. Es gab zahlreiche Bürgerkriege, aber auch Auseinandersetzungen zwischen Indien und China, in denen große Länder mit sehr kleinen Streitkräften kämpften. Direkte Militäraktionen schienen immer mehr die Domäne von Fallschirmjägern, Marinesoldaten, Luftwaffen, Kommandos und wenigen superausbildeten Profis zu sein. Nach und nach wurde daher die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und eine Masseneinberufung nicht mehr ins Auge gefasst. Es setzte sich die Überzeugung durch, dass Krieg etwas ist, das dem zivilisatorisch entwickelten Westen fernliegt, und dass uniformierte Spezialisten irgendwo weit weg eine notwendige, wenn auch manchmal düstere Arbeit verrichten.

Die „Russlandversther“ verstanden Russland nicht

Die Ernüchterung hätte eigentlich bereits am 21. Februar 2007 kommen sollen, als Wladimir Putin in München eine Rede hielt, in der er die seiner Meinung nach unipolare, allein auf der Dominanz der USA basierende Weltsicherheitsordnung ablehnte. Doch das waren vorerst nur Worte und keine Grundlage, um von den korrekten Beziehungen zu Russland, das Öl und Gas billig verkauft, abzuweichen. Westlich der Oder ist der Slogan „Russlandversther“ populär geworden. Das wäre in Ordnung gewesen, wenn man verstanden hätte, wie Russland wirklich ist. Aber sie zogen es vor, es so zu sehen, wie sie es sein sollte, nämlich als eine Demokratie. Und selbst wenn es nicht ganz so war, wie es sein sollte, so sollte es doch unter der wohlwollenden Mitwirkung des Westens sein.

Demokratie ist die Möglichkeit eines Machtwechsels, und die Macht wollte der selbst ernannte Zar nicht verschenken, sondern festigen. Seine Machttreden, das „Aufstehen von den Knien“, gefielen dem Volk, also musste er seinen Worten Taten folgen lassen. Und so manövrierte er sich in die Position Napoleons, der zu sagen pflegte, seine Gegner könnten Niederlagen erleiden und dennoch Könige und Kaiser von Gottes Gnaden bleiben, während er nur so lange Kaiser sei, wie er siegt. Nur ein Jahr nach der Münchner Drohung führte Putin einen siegreichen Krieg gegen Georgien, dem er Abchasien und Südossetien entriß. Es gab etwas Lärm, der dann versiegte.

Die Ukraine hätte kein Problem sein sollen. Im Budapester Memorandum von 1994 sicherten die Russische Föderation, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich der Ukraine im Gegenzug für den Verzicht auf postsowjetische Atomwaffen die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit sowie Garantien

gegen die Anwendung von Gewalt und die Androhung von Gewalt zu. Diese Garantien reichten zehn Jahre lang aus, bis es 2014 zu einem weiteren Maidan in Kyjiw kam. Die Ukrainer revoltierten, weil der prorussische Präsident Janukowitsch ihre Bestrebungen in Richtung EU behinderte. Und dann marschierte einer der Garanten für die Ganzheitlichkeit der Ukraine ein, nahm ihr die Krim und einen Teil des Donbass weg und gründete dort eine weitere Marionettenrepublik, die Republiken Donezk und Lugansk, die er 2022 annektierte.

Russland führt einen Krieg, den es nie wieder hätte geben sollen

Die Ukraine, ein korrupter, von russischem Einfluss unterwanderter Staat voller Verräter, konnte einen erbitterten Krieg mit Russland um den Donbas nicht gewinnen, der von den Kräften einiger weniger Patrioten, manchmal extremer Nationalisten, geführt wurde. Der Krieg wurde durch die der Ukraine aufgezwungenen Minsker Vereinbarungen eingefroren.

Die anderen Garanten für die Sicherheit der Ukraine - die USA und das Vereinigte Königreich - haben zusammen mit anderen westlichen Ländern begrenzte Sanktionen verhängt, die Russland nicht viel geschadet haben. Mit einem Wort: business as usual. In Washington erkannte man jedoch, dass dies noch nicht das Ende der Geschichte war. Im Stillen begannen sie, die Ukraine bei der Ausbildung und Modernisierung ihrer Armee zu unterstützen. Russland ist also mit seinem vollumfänglichen Blitzkrieg gescheitert und bekam stattdessen einen vollumfänglichen Krieg, wie es ihn in Europa nie wieder hätte geben sollen.

Russland ist ein zivilisatorisch rückständiges Land in einer demografischen Krise. Nur in einem solchen kann Putin, unterstützt von wachsendem Terror, regieren. Und nichts als Krieg rechtfertigt mehr seine Herrschaft. Dass dieser Krieg den Abstieg seines Landes beschleunigt, spielt für den Präsidenten keine Rolle. Es gibt keinen Preis, den Russland - und nicht nur Russland - nicht zahlen würde, um seine Macht zu erhalten.

Der Krieg in der Ukraine ähnelt dem Ersten Weltkrieg, der vor allem in Schützengräben ausgetragen wurde, als die Verlagerung der Front um einige Kilometer auf beiden Seiten harte Kämpfe und viele Opfer forderte. Russland hat seit Monaten einen wachsenden Vorteil. Vor allem, weil die Republikaner seit Monaten die Militärhilfe vorenthalten. Die europäischen Nato-Mitglieder stocken ihre Hilfe auf, aber der Umfang entspricht noch nicht dem Bedarf. Und der Ukraine fehlt es zunehmend an Soldaten, die die Waffen benutzen.

Wenn hingegen die Ukraine fällt, muss sich Putin nach einem kurzen Triumph angesichts der scheußlichen Realität Russlands ein anderes Schlachtfeld suchen, um weiter zu regieren. Ein Krieg würde Europa bedrohen, in erster Linie Russlands Nachbarn, nämlich uns.

In der Überzeugung, in der Ukraine zu gewinnen, verschärft Putin bereits den seit Jahren andauernden hybriden Krieg, der keiner Beschreibung mehr bedarf. Die US-Geheimdienste, die sich in russischen Angelegenheiten nicht irren, warnen davor, dass Attentate in größerem Umfang als bisher geplant sind, die Zerstörung der Rüstungsindustrie und von Infrastruktureinrichtungen für die Verteidigung, wie Eisenbahnknotenpunkte und Brücken. Viel billiger als ein vollumfänglicher Krieg, der ihn nicht verhindert, aber vor dem möglichen Zusammenbruch der Ukraine entrollt wird.

Putin ist weder Stalin noch Chruschtschow, er ist unberechenbar

Stalin zog sich zurück, als er erkannte, dass er den Konflikt mit der Blockade West-Berlins zwischen 1948 und 1949 nicht gewinnen würde, und Chruschtschow tat 1962 dasselbe und zog die Raketen ab, die er nach Kuba geschickt hatte. Beide waren, wenn auch in unterschiedlichem Maße, ursächlich am Zweiten Weltkrieg beteiligt und, nicht um sie zu bewerten, Politiker von einem Format, an das der bereits nach diesem Krieg geborene Putin nicht einmal annähernd heranreicht. Dieser Diktator nimmt die Realität so wahr, wie seine Wünsche es ihm vorgeben. Wenn man es mit jemandem wie ihm zu tun hat, kann man sich weder des Tages noch der Stunde sicher sein.

Deshalb muss man sich schnell bewaffnen, denn es ist zu befürchten, dass es zu einem Kampf auf unserem eigenen Territorium kommen könnte. Eine sich verteidigende Ukraine schiebt diese Möglichkeit

auf. Sie an ihrem schwächsten Punkt, dem Mangel an Leuten, mit der zunehmenden Ermüdung der Kämpfenden und der wachsenden Unzufriedenheit der ukrainischen Gesellschaft zu unterstützen, beginnt sinnvoll zu werden.

Die Europäer erwachen

Präsident Macron hat dies verstanden. Er hat lange versucht, mit Putin auszukommen, hat aber schließlich die Möglichkeit zugelassen, dass Truppen der NATO-Länder die umkämpfte Ukraine unterstützen. Der Aggressor führt bereits seit mehr als zwei Jahren einen barbarischen Krieg! Dennoch stieß Macrons Erklärung auf Empörung in den NATO-Ländern, die bisher vor allem angekündigt hatten, was sie in diesem Krieg nicht tun würden, um ihn nicht zu eskalieren. Er wurde von Russland eskaliert, und erst dann reagierte der Westen zögerlich, getreu dem amerikanischen Sprichwort von der Pechvogelfirma, die immer einen Dollar zu wenig hat und einen Tag zu spät ist.

Radosław Sikorski verfolgte einen anderen Ansatz. Er schloss eine mögliche Intervention nicht aus. Einige Zeit später räumte Macron erneut die Möglichkeit von Truppen der Nato-Länder in der Ukraine ein. Heute fordern auch einige deutsche Politiker, den Luftraum über der Westukraine zu schützen. Vernünftige Menschen in Europa haben verstanden, dass die Ukraine für sie und an Stelle von ihnen kämpft. Dass es, solange noch Zeit ist, besser ist, in der Ukraine zu kämpfen als auf ihrem eigenen Territorium.

Die Entsendung regulärer polnischer Einheiten kommt derzeit nicht infrage, aber für die Freiwilligen würde die Zustimmung des Ministers für Nationale Verteidigung ausreichen. Da es sich im Wesentlichen um einen Kampf zur Verteidigung Polens handelt, müsste ihre Situation günstig geregelt werden.

Ob das Szenario einer westlichen Intervention in der Ukraine eintreten wird, bleibt abzuwarten, aber Putin im Ungewissen zu lassen, behindert seine Fähigkeit, Krieg zu führen, erheblich. Bisher hat die Angst vor dem, was er tun könnte, überwogen. Es ist lohnenswert, dass er jetzt endlich anfängt, darüber nachzudenken, was andere mit ihm tun könnten.

Die ukrainische Flagge über Simferopol hingegen wäre ein symbolisches Zeichen für den Sturz des „Imperators“, der aufgehört hätte zu gewinnen. Unabhängig davon, wer nach ihm an die Macht käme, müsste er einen Frieden schließen, der lang und vielleicht dauerhaft sein würde. Dann müssten wir nicht Milliarden für die Tusk-Linie an der Grenze zu Belarus ausgeben. Aber wenn die Ukraine fällt, müsste auch noch die Grenze zur Ukraine befestigt werden.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,31034550,wojna-ktorej-mialo-juz-nie-byc.html>

Zone der Gesetzlosigkeit. Sie wird den Tourismus zerstören und die schwächsten Migranten in Gefahr bringen



Quelle: oko.press

Die Einführung einer Pufferzone an der Grenze zu Belarus wird die Grenzsicherheit nicht verbessern. Stattdessen wird sie das Leben der Menschen vor Ort erschweren, zum Zusammenbruch einer Reihe von Unternehmen führen, die humanitäre Hilfe für Migranten einschränken und den Schleier des Schweigens über die Gewalt der polnischen uniformierten Dienste legen.

Von **Regina Skibińska**

„Sie haben jedes Recht, um nicht zu sagen, sogar die Pflicht, alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen“, sagte Ministerpräsident Donald Tusk am 29. Mai nach einem [tödlichen] Angriff auf einen polnischen Soldaten durch einen Mann, der auf der anderen Seite des Grenzzauns stand. Er erklärte die Einführung einer 200-Meter-Pufferzone an der Grenze. Wie aus dem Anhang der Verordnung zur Einführung dieser Zone hervorgeht, wird sie jedoch ein wesentlich größeres Gebiet umfassen und bis zu 8 km ins polnische Gebiet hineinreichen. Die Zone soll einen Teil des Białowieża-Waldes und die angrenzenden Gebiete entlang der Grenze umfassen – insgesamt 27 Katasterbezirke. Das Verbot soll für 90 Tage gelten.

Der Verordnungsentwurf wurde nur wenige Stunden nach den Ankündigungen des Premierministers auf der Website des Gesetzgebungszentrums der Regierung veröffentlicht. „Die vorgeschlagenen Beschränkungen zielen hauptsächlich darauf ab, die Anwesenheit von Außenstehenden im Bereich der offiziellen Aktivitäten zu begrenzen“, heißt es in der Begründung des Verordnungsentwurfs.

Die Notwendigkeit der Grenzsicherung wird von niemandem bestritten. Aber warum ist es notwendig, die Anwesenheit von Außenstehenden zu begrenzen, um die Sicherheit zu gewährleisten? Diese Frage

beunruhigt die Bewohner der künftigen Pufferzone, lokale Regierungsbeamte, Unternehmen in dem Gebiet und Aktivisten. Und Juristen stellen die Rechtmäßigkeit der eingeführten Maßnahmen infrage.

Seit März ist der Verkehr über die grüne Grenze sehr stark. Der Grenzschutz hat wiederholt von aggressivem Verhalten von Personen auf der anderen Seite des Zauns und dem Stürmen der Grenze berichtet. Diese wurden den Migranten zugeschrieben, aber es gibt eigentlich keine Beweise dafür, inwieweit die Migranten selbst dafür verantwortlich sind, oder vielleicht die Schmuggler oder die belarussischen Beamte – und sicherlich waren die belarussischen Beamte beteiligt. Es ist bekannt, dass Äste und verschiedene Gegenstände auf die polnischen Uniformierten geflogen sind, dass die Scheiben vieler Grenzschutzfahrzeuge eingeschlagen wurden und dass es generell nicht sicher ist, an der Mauer Dienst zu tun. Diese Vorfälle gipfelten in einem [tödlichen] Messerangriff auf einen polnischen Soldaten. Dieses tragische Ereignis hat schwerwiegende Folgen sowohl für den Verletzten und diejenigen, die versuchen, die Grenze zu überqueren, als auch für die Grenzbewohner.

Hybride Kriegsführung und der Versuch, die Lage in Polen zu destabilisieren, sind jedoch nur eine Seite dessen, was an der Grenze zu Belarus geschieht. Am Grenzzaun, auf der östlichen Seite, aber immer noch in einem Teil Polens, stehen Dutzende von Menschen und betteln um Hilfe. Es sind Menschen, die keine Anzeichen von Aggression zeigen, aber oft völlig hilflos sind. Es sind schwangere Frauen, unbegleitete Jugendliche aus Somalia, Familien mit kleinen Kindern, ein Junge ohne Bein, ein Mädchen mit hohem Fieber und einem entzündeten diabetischen Finger und alleinstehende Frauen, die regelmäßig vergewaltigt werden. Hinter dem Grenzzaun hört man die Bitten um internationalen Schutz in Polen, um medizinische Hilfe oder zumindest um Wasser oder Lebensmittel.

Das Einzige, worauf diese Menschen zählen können, sind Hilfspakete der Grenzschützer, die alle paar Tage eintreffen. Manchmal gelingt es Aktivisten, einen Krankenwagen oder einen Militärsanitäter herbeizaubern, aber es gab auch schon Fälle, in denen die Uniformierten die Bewusstlosen auf die Westseite des Zauns und wieder zurück auf die andere Seite der Sperre geschleppt haben. Nur sehr wenige, die am schwersten erkrankt waren, wurden in ein Krankenhaus gebracht. Polnische Uniformierte haben Migranten und Flüchtlinge regelmäßig vom Zaun weggejagt und dabei auch Pfeffergas eingesetzt. Unter anderem wurde ein acht Monate altes Baby von dem Gas getroffen.

Als ich einmal an der Grenze war, baten mich die Leute auf der anderen Seite des Zauns, einen Krankenwagen für eine halbbewusste schwangere Frau zu rufen. Da es dort keinen Funkempfang gibt, bat ich den Soldaten, der die Grenze bewacht, die Patrouille des Grenzschutzes zu benachrichtigen, damit diese Hilfe holen konnte.

„Sollen sie doch zu einem belarussischen Arzt gehen“, knurrte er.

Auch die Bitten der Aktivisten, einen Krankenwagen zu der Frau zu schicken, wurden nicht beantwortet.

„Seit vielen Monaten beobachten wir eine Eskalation der Gewalt durch den Grenzschutz und die polnische Armee gegen Menschen, die versuchen, die polnisch-weißrussische Grenze zu überqueren. Aus Berichten von Menschen auf der Straße wissen wir, dass sogar diejenigen, die internationalen Schutz beantragen wollen, über den Zaun geworfen werden. Dies ist ein Verstoß gegen völkerrechtliche Konventionen, einschließlich des Grundsatzes der Nichtzurückweisung“, sagt Katarzyna Potoniec, Vorsitzende des Vereins Egala.

Die Aktivisten haben Mühe, mit den Fahrten zu den Hilfsaufrufen für die Menschen im Wald Schritt zu halten. Die überwiegende Mehrheit dieser Menschen will sich zu erkennen geben, d. h. sie bitten darum, die Grenzpolizei anzurufen und in Anwesenheit der Aktivisten einen Asylantrag zu stellen.

„Die große Mehrheit will Schutz, das ist eine Veränderung gegenüber den letzten zwei bis drei Monaten. Es gibt eine sehr hohe Anzahl von Frauen und jungen Menschen (16-18 Jahre). Bei den Menschen aus dem Wald, die es physisch geschafft haben, die Sperre zu überwinden, treten aber gesundheitliche Probleme auf. Oft sehen wir chronische Krankheiten: Herz, Asthma, Diabetes“, berichtet Agata Kluczewska, Vorsitzende des Freiwilligen Humanitären Dienstes in Podlachien.

Hinzu kommen die Verletzungen, die sie sich beim Überqueren des Zauns und der Ziehharmonika zugezogen haben, deren Rollen entlang des Grenzstreifens aufgestapelt sind. Einige weisen auch Verletzungen durch Schläge auf und geben an, sowohl von Belarussen als auch von Polen geschlagen

worden zu sein. Aktivisten erhalten bereits Signale von Migranten, dass die Gewalt von Uniformierten gegen sie nach dem Angriff auf den Soldaten zugenommen hat.

Derzeit ist es wohl so, dass die Stärksten, vermutlich überwiegend fitte, gesunde junge Männer, die Grenze überqueren und mithilfe von Schleusern mehr oder weniger gut ihr Ziel in Westeuropa erreichen. Die Schwächeren, oft sehr jung und aus Ländern stammend, in denen derzeit Kriege und Konflikte herrschen, wie Sudan, Syrien, Somalia, Jemen oder Äthiopien, begeben sich, wenn sie nach Polen gelangen, meist auf eigenen Wunsch und mit Hilfe von Aktivisten in das Asylverfahren. Die hilflosesten und hilfsbedürftigsten Menschen hingegen sind nicht in der Lage, die Barriere zu überwinden, und kampieren wochenlang auf einem Fleck Polens hinter einem Zaun, in der trügerischen Hoffnung, dass sich jemand ihrer erbarmt.

Soldaten verbreiten nicht nur bei Migranten Angst.

Beim Schutz der Grenze werden die Soldaten von der Armee unterstützt, die sich in der künftigen Zone alles andere als professionell verhält. Vulgäre Bemerkungen gegenüber – glücklicherweise nicht polnisch sprechenden – jungen Migrantinnen auf der anderen Seite des Zauns, die Weigerung, sich bei einer Befragung vorzustellen, das Abdecken von Nummernschildern an Fahrzeugen sind typische Praktiken der Soldaten.

Dr. Michał Żmihorski, Direktor des Instituts für Säugetierbiologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Białowieża, schreibt auf X.com: „Die Soldaten verbieten uns oft völlig illegal den Zutritt oder die Zufahrt, sie befehlen uns, den Wald zu verlassen. Sie kennen die Vorschriften nicht, aber sie haben Gewehre, und es kommt vor, dass sie mit Gewehren auf uns zielen. Sie haben einen harten Dienst, aber sie sind nicht richtig ausgebildet.“

[...]

Einwohner protestieren.

Die Pufferzone sollte ursprünglich am 4. Juni, dem Tag der Freiheit und der Bürgerrechte, eingeführt werden. Sie wurde kurz vor dem langen Wochenende angekündigt und sollte am Tag des großen Marsches der Tusk-Anhänger in Kraft treten. Sie hatte eine gute Chance, die Rechte der Grenzbewohner in aller Stille zu beschneiden. Diese brachen jedoch in eine Wut aus, wie sie die Region seit Langem nicht mehr erlebt hatte, und die Regierung beschloss, mit den Grenzbewohnern zu sprechen.

„Ich habe seit fast 20 Jahren zwei Mietshäuser, Tiere, Ziegen, Esel. Es sollten mehr Tiere sein, zur Freude der Touristen, aber seit zwei Jahren fehlte mir die Motivation, mehr Tiere aufzunehmen. In den letzten drei Jahren haben wir unter einem Mangel an Touristen gelitten. Das liegt vor allem an der Atmosphäre der Angst, die von den Anführern aller Teams geschaffen wurde, und an der fehlenden coolen Kampagne, die zeigt, wie schön, cool und sicher es hier in Podlasie ist“, sagt Julita Toczyska aus Stare Masiewo.

Die Einwohner hofften auf eine Belebung des Fremdenverkehrs, denn im April und Mai war das Interesse sehr groß.

[...]

Die Anwohner haben viele Fragen, die Toczyska lautstark zum Ausdruck bringt: Wenn es so gefährlich ist, wie sie sagen, warum lassen sie uns dann hier? Warum denken sie an das ganze Land und nicht an uns? Warum ist das Land wichtiger als die Menschen? Wo ist der Abgeordnete aus unserer Region, Sejm-Sprecher Szymon Hołownia? Die Leute, die hier die Geschäfte führen, entlassen die Arbeiter. Wo werden sie Arbeit finden? Werden sie für die Armee kochen, wie Kosiniak-Kamysz vorschlägt? Nicht alle können Kartoffelpuffer backen. War einer der Politiker schon einmal hier? Hat er mit den Bewohnern gesprochen? Hat er gesehen, was hier los ist, oder ob uns jemand angreift?

[...]

Die Sperrung des Gebiets um den Białowieża-Wald kurz vor der Hochsaison, d. h. vor den Ferien, ist eine Katastrophe für die Anwohner.

Die Tourismusbranche ist saisonabhängig und muss daher jetzt Überschüsse erwirtschaften, von denen die Menschen in der Nebensaison leben können.

[...]

Vorschriften wie aus der PiS-Zeit.

Der Ursprung der Verordnung, die den Betrieb der Pufferzone definiert, ist interessant. Die Bestimmungen der Artikel 12a und 12b des Gesetzes über den Schutz der Staatsgrenze, die Ende 2021 von der parlamentarischen Mehrheit der Vereinigten Rechten in dieses Gesetz aufgenommen werden, werden für das Verbot der Zone herangezogen.

„Diese Bestimmungen wurden von Verfassungsrechtsexperten - darunter Prof. Piotr Tuleja vom Lehrstuhl für Verfassungsrecht an der Jagiellonen-Universität - als verfassungswidrig eingestuft, weil sie eine Ermächtigung zur Einführung von Einschränkungen der bürgerlichen Rechte und Freiheiten per Verordnung statt per Gesetz enthalten, was dem ausdrücklichen Verbot in Artikel 31 Absatz 3 und Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung widerspricht“, erinnert Kamil Syller.

[...]

Die Zone wird Aktivisten und Journalisten treffen.

Aus Sicht der Aktivisten ist selbst eine 200-Meter-Zone inakzeptabel. Sie macht es unmöglich, mit den Migranten an der Sperre Kontakt aufzunehmen und zu überprüfen, in welchem Zustand sie sich befinden, so dass die Behörden aufgefordert und gedrängt werden können, ihnen zu helfen und ihre Asylanträge zu akzeptieren.

„Die Einführung der so genannten Pufferzone durch die Regierung wird es zunächst einmal unmöglich machen, Menschen zu helfen, deren Gesundheit und Leben in Gefahr sind. Es gibt Menschen an der polnisch-weißrussischen Grenze, die sofortige humanitäre Hilfe benötigen“, betont Katarzyna Potoniec. Sie wird von Agata Kluczevska unterstützt.

„Es wird mehr Tote geben, mehr Pushbacks. Die Hilfe wird weniger effektiv sein und es wird keine Möglichkeit geben, die Situation zu überwachen“, sagt sie.

Die Aktivisten haben jedoch nicht vor, aufzugeben. Humanitäre Hilfe im Sperrgebiet wird möglich sein, solange sie von Erwerbstätigen geleistet wird. Grund dafür ist Artikel 12b Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes zum Schutz der Staatsgrenze, der Erwerbstätige von dem Verbot des Aufenthalts in der Zone ausnimmt.

„Wir werden weiterhin Gesundheit und Leben professionell retten. Freiwillige werden nicht zum Einsatz kommen. Wir haben sechs professionelle Rettungskräfte - alles wird auf sie fallen. Die Hilfe wird sehr begrenzt sein“, erklärt Agata Kluczevska.

Dr. Hanna Machinska weist darauf hin, dass auch der Zugang der Medienvertreter drastisch eingeschränkt wird. Unterdessen betonte der Oberste Gerichtshof in seinem Urteil aus dem Jahr 2022, dass die Regierung der PiS Journalisten nicht verbieten kann, in das Notstandsgebiet einzureisen, und auch nicht die Hilfeleistung für Migranten im Notstandsgebiet verbieten kann.

Solange es keine Journalisten und Außenstehende gibt, wird die Öffentlichkeit nicht über die Geschehnisse in der Zone informiert. Nicht über mögliche Gefahren Bescheid zu wissen, bedeutet jedoch noch lange nicht Sicherheit.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/strefa-bezprawia-konstytucyjnosc>

Polnische Spuren in der europäischen Operation des Kremls



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Von **Michal Kokot**

“Wyborcza” und europäische Partner enthüllen: Vor den Europawahlen baute der Kreml ein Netzwerk von Einflussagenten auf. Zumindest einige Politiker haben dafür Geld genommen. Eine wichtige Rolle spielte dabei der wegen Spionage angeklagte Pole Janusz N.

Zusammenarbeit: “Denik N” (Tschechische Republik), “Die Zeit”, ARD (Deutschland), “Le Soir”, “De Morgen” (Belgien), “Le Monde” (Frankreich).

Die Operation des Kremls wurde ein Jahr lang von den Geheimdiensten Polens, der Tschechischen Republik, Belgiens, der Niederlande, Deutschlands und Frankreichs gemeinsam aufgearbeitet. Es handelt sich um einen weit reichenden Versuch, europäische Politiker zu beeinflussen, der es Russland ermöglichen würde, nach den Wahlen zum Europäischen Parlament die Kontrolle über sie zu erlangen und auch den Krieg in der Ukraine zu seinen Bedingungen zu beenden.

Die Darstellung des Kremls sollte durch Portale verschleiert werden, die mit den zu diesem Zweck eingerichteten russischen Diensten verbunden sind: Voice of Europe, Visegrad Post und Golos. Aber es ging auch darum, die Gunst von Politikern rechter Parteien, einschließlich der europäischen extremen Rechten, zu gewinnen. Diese gehen seit Jahren zu Konferenzen, die von Kreml-Agenten organisiert

werden, um den russischen Behauptungen Glauben zu schenken, die Ukraine sei ein gescheiterter Staat mit einer faschistischen Regierung, die keinen Frieden mit Russland wolle.

Hunderttausende von Euro für Agenten

Einer dieser Agenten ist nach Angaben des Auswärtigen Dienstes Guillaume Pradoura, ein Assistent mehrerer Europaabgeordneter. Seine Büros in Brüssel und Straßburg wurden letzte Woche von belgischen Diensten durchsucht.

Pradoura ist ein ehemaliges Mitglied von Marine Le Pens Partei Unite Nationale Française, der 2019 wegen eines antisemitischen Fotos aus der Partei ausgeschlossen wurde. Seitdem hat er für mehrere Abgeordnete der rechtsextremen Partei im Europäischen Parlament gearbeitet: Der Franzose Nicolas Bay von der Reconquista, der Deutsche Maximilian Krahl von der AfD und zuletzt für den Niederländer Marcel de Graaf vom rechtsextremen Forum für Demokratie.

Nach Angaben der tschechischen Spionageabwehr BIS könnten alle drei an der russischen Operation beteiligt gewesen sein. Und einige von ihnen sollen Geld vom Kreml angenommen haben. Von welchen Beträgen ist die Rede? Ein Vertreter eines der ausländischen Dienste spricht von "Hunderttausenden von Euro".

Alle drei streiten die Vorwürfe ab. Sie behaupten, dass sie Opfer einer politischen Kampagne sind und nichts mit dem Fall zu tun haben.

Der Fall Krahl wird derzeit von der deutschen Staatsanwaltschaft untersucht, die die Kontakte des Politikers und seiner Mitarbeiter zu russischen und chinesischen Geheimdiensten prüft.

Die französischen Geheimdienste leiteten im Herbst 2023 eine Untersuchung gegen Pradoura ein. Im März informierten die Franzosen auf dem Forum des sogenannten Berner Clubs (in dem die Geheimdienste der EU-Länder sowie Norwegens und der Schweiz vertreten sind) andere ausländische Geheimdienste über seine mögliche Rolle bei der russischen Operation. Nach unseren Informationen bekundete damals auch Polen Interesse an dem Fall.

Ein Pole als Maulwurf Medwedtschuks

In der Tat führt die Spur von Pradoura zum polnischen Faden des Falles. Der Franzose hat enge Verbindungen zu dem Polen Janusz N., der beschuldigt wird, für die Russen zu spionieren. N. sitzt seit drei Jahren in Untersuchungshaft. In der Fallakte finden sich Spuren von Gesprächen zwischen dem Polen und dem Franzosen über verschlüsselte Kommunikationsmittel. Über die Tatsache, dass Pradoura mit N. befreundet war, hat auch T-online.de vor vierzehn Tagen geschrieben.

Der Franzose sorgte dafür, dass Janusz N. einen Dauerausweis für das Europäische Parlament erhielt. N. reiste nach Brüssel und organisierte dort Treffen mit pro-russischen Politikern, darunter Viktor Medwedtschuk. Er ist die Schlüsselfigur in der gesamten russischen Operation.

Der Ukrainer ist ein offen pro-russischer Politiker, der als Putins Gevatter bezeichnet wird (der russische Präsident ist der Patenonkel seiner Tochter). Er war ein lautstarker Kritiker der Euromaidan-Revolution, die den prorussischen Präsidenten Viktor Janukowitsch stürzte. Er war einer der wichtigsten Politiker der vor den Wahlen in der Ukraine im Jahr 2019 benannte Oppositionsplattform - Für das Leben. Diese Partei wurde 2022 von einem Gericht in Lemberg verboten und Medwedtschuk selbst wurde zum Agenten Russlands erklärt.

Mit seinen Reisen nach Brüssel und Straßburg verfolgte Medwedtschuk zwei Ziele: Er wollte die europäischen Politiker dazu bewegen, die vom Kreml vorgeschlagenen Friedenslösungen für den Donbass zu akzeptieren, und er wollte sich in der ukrainischen Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit verschaffen.

Die polnische Staatsanwaltschaft wirft N. direkt vor, in Brüssel für einen pro-russischen Politiker gearbeitet zu haben. In der Anklageschrift heißt es, der Pole habe es ihm ermöglicht, sich mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu treffen, "um sie gegen Bezahlung für Aktivitäten zu benutzen, die den Interessen der prorussischen Oppositionspartei Platforma - Za Życie entsprechen".

Janusz N. pflegte jedoch vor allem Kontakte zu Medwedtschuks rechter Hand Oleg Woloschin, dem früheren Sprecher des ukrainischen Außenministeriums. Nach unseren Informationen handelte es sich

dabei um eine intime Bekanntschaft. Die Staatsanwaltschaft wirft N. vor, Drogen an den Ukrainer geschickt zu haben, als dieser noch in Kiew lebte. Wir werden später auf dieses Thema zurückkommen.

Im Mai 2021. Medwedtschuk wurde von einem ukrainischen Gericht wegen Hochverrats angeklagt und unter Hausarrest gestellt. Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine versuchte er, als ukrainischer Soldat getarnt, aus dem Land zu fliehen. Er wurde jedoch gefangen genommen. Er war für Russland so wertvoll, dass es bis zu zweihundert ukrainische Kriegsgefangene gegen ihn austauschte.

Zwei Wochen nach Medwedtschuks erster Verhaftung nahmen polnische Dienste Janusz N. wegen Spionageverdachts fest. Die internationalen Kontakte wurden von Woloschin bis Januar 2022 übernommen, als er selbst Sanktionen unterworfen wurde und nicht mehr frei reisen konnte. Im Februar, kurz vor der russischen Invasion in der Ukraine, floh er nach Belarus.

Die europäische Operation des Kremls wurde von Woloschins Mitarbeiter Artiom Marczewski übernommen. Nach Angaben der Dienste war er im Frühjahr 2013 für die Einrichtung der Website Voice of Europe verantwortlich. Die Website sollte pro-russische Propaganda verbreiten, diente aber auch als Kanal, über den Gelder zur Bezahlung europäischer Politiker geleitet wurden. Die Spuren führen nach Polen.

Die Aktivitäten im polnischen Faden der Ermittlungen gegen das Portal Voice of Europe, das russische Desinformationen verbreitet, wurden im März von der Agentur für innere Sicherheit bekannt [ABW] gegeben. Agenten drangen in Wohnungen in Warschau und Tychy ein und stellten Telefone, Computer, Speichermedien und Bargeld in Fremdwährungen sicher - 48.500 Euro und 36.000 Dollar.

Nach Angaben der ABW sind die Durchsuchungen in Polen Teil der Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten, hauptsächlich aus der Tschechischen Republik. Im Ergebnis wurden "Aktivitäten zur Organisation prorussischer Initiativen und Medienkampagnen in EU-Ländern dokumentiert. Ziel war es, die außenpolitischen Ziele des Kremls zu verwirklichen, einschließlich der Schwächung der Position Polens auf der internationalen Bühne, der Diskreditierung der Ukraine und des Images der Organe der Europäischen Union", schreibt ABW.

Das Portal Voice of Europe hat in der Tat anti-ukrainische Propaganda und Desinformation verbreitet. Im September letzten Jahres machte es den damaligen Kommandeur der ukrainischen Armee Valery Zaluzhny für die Sprengung der Nord Stream-Pipeline verantwortlich. Er schrieb auch über angeblichen Organhandel in der Ukraine (diese Fake News wurde damals vor allem von der russischen Propaganda verbreitet). Interviews für das Portal wurden von polnischen Europaabgeordneten wie Dominik Tarczyński (PiS) und Roman Fritz (Konfederacja) gegeben. Die Informationen auf der Website wurden jedoch nur selten aktualisiert und das Portal selbst hatte eine geringe Reichweite.

Die Geheimdienste sind der Ansicht, dass Aktivitäten des Portals lediglich ein Deckmantel für die Finanzierung radikaler Parteipolitiker in Europa waren, die der Kreml kontrollieren wollte (nach unseren Informationen haben weder Tarczyński noch Fritz Geld vom Kreml für Interviews angenommen).

Es ging jedoch darum, im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament ein Netzwerk von Einflussmöglichkeiten aufzubauen. Und alles deutete darauf hin, dass die Operation gute Erfolgsaussichten hatte.

Das Geld, das durch Polen fließt

Zu den vom Kreml ins Visier genommenen Personen gehörten auch Politiker der rechtsextremen deutschen Alternative für Deutschland (AfD). Dabei handelt es sich um eine pro-russische Partei, die offen ein Ende der Unterstützung für die Ukraine in ihrem Krieg mit Russland fordert. Die tschechische Spionageabwehr dokumentierte, wie der Bundestagsabgeordnete Petr Bystron, der derzeit auf Platz 2 der AfD-Liste für das Europäische Parlament steht, Geld von einem prorussischen Politiker aus der Ukraine annimmt. In der Tonaufnahme, auf die "Dennik N" Zugriff hat, ist Bystron zu hören, wie er sich darüber beschwert, dass er von dem Mann 200-Euro-Scheine erhält, "die er später an keiner Tankstelle in Deutschland umtauschen kann" (dort gilt ein Verbot der Annahme von Banknoten mit großem Nennwert im Einzelhandel, das Geldwäsche verhindern soll).

Bystron hat in einem Interview mit den deutschen Medien bestritten, dass er etwas mit den Russen zu tun hatte und dass er von ihnen Geld genommen hat. "Bitte glauben Sie nicht alles, was Sie auf diesen

Bändern hören. Das ist eine Kampagne der NATO vor den Wahlen, um uns zu diskreditieren“, sagte er. Doch Mitte Mai hob der Bundestag seine Immunität auf, und kurz darauf durchsuchten die Dienste seine Wohnungen im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen ihn.

Die tschechischen Geheimdienste sind davon überzeugt, dass die Gelder zur Finanzierung europäischer Politiker über Weißrussland und Polen geschmuggelt wurden. Inoffiziellen Informationen zufolge wurden sie in einem Auto mit diplomatischem Kennzeichen in die Tschechische Republik transportiert. Von dort aus wurde das Geld zum Bystron transferiert.

Der Mann, der ihm die Euro-Scheine mit dem hohen Nennwert überreichte, war Marczewski, der bereits erwähnte enge Mitarbeiter Medwedchuks und ehemalige Direktor seines populären Fernsehsenders 112, der russische Propaganda verbreitete (inzwischen verboten).

Letzte Woche verhängte die Europäische Union Sanktionen gegen beide Männer. Sie dürfen nicht mehr in EU-Länder reisen oder sich dort aufhalten. Für Marczewski bedeutet dies einen endgültigen Abschied von Prag, wo er die letzten Jahre seines Lebens verbracht hat. Dort wurde das Unternehmen Voice of Europe gegründet, an dessen Finanzierung Marczewski - wie es in der Entscheidung des Rates der Europäischen Union heißt - beteiligt war.

[...]

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,31029097,polski-slad-w-europejskiej-operacji-kremla.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Warnschüsse



Quelle: polityka.pl

Ein Kommentar von **Adam Szostkiewicz**

Unsere Grenze zu Weißrussland wird zu einer heißen politischen Kartoffel. Je heftiger die Kontroverse darum ist, desto größer ist der Gewinn für das Lukaschenko-Regime und die Gegner der derzeitigen Regierung in Polen. Premierminister Tusk will die Frage der Staatssicherheit zu einem heißen Thema machen. Der von Onet publik gemachte Fall der Festnahme von Soldaten, die Ende März in die Luft und auf den Boden geschossen haben, um Migranten an der Grenze aufzuhalten, wurde sofort zur ersten Nachricht des Tages.

Ein Journalist von PiS-TV Republika fragte den Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros, Major Siewiera, ob der derzeitige Verteidigungsminister Kosiniak-Kamysz, stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung Tusk, nicht zurücktreten sollte. Die PiS-Opposition wird den Vorfall zu einem Beispiel für die Heuchelei und Unfähigkeit der derzeitigen Regierung machen. Denn einerseits stehen der Premierminister und der Verteidigungsminister fest hinter der Armee und den Grenzschützern, die die Grenze bewachen, während sie andererseits den „Übereifer“ der Staatsanwaltschaft und der Militärpolizei tolerieren.

Ob das „Übereifer“ war, sollte von den zuständigen staatlichen Behörden recht schnell untersucht und bewertet werden. Auf die Frage eines Reporters des PiS-Senders antwortete Siewiera nicht direkt. Er verwies auf ein Problem mit der gesetzlichen Regelung des Waffengebrauchs durch das Militär. Er kündigte an, dass Gespräche zwischen der Staatskanzlei von Präsident Duda und dem Ministerium von Kosiniak-Kamysz zu diesem Thema im Gange seien. Dies ist eine positive Nachricht. Zwar kann ein Gesetz niemals alle Situationen berücksichtigen, die im wirklichen Leben auftreten können, aber es ist besser, eines zu haben. In diesem Fall dient es dem Komfort der Befehlshaber und Untergebenen bei der

Entscheidungsfindung. Es vermeidet auch Situationen wie in Afghanistan, wo polnische Soldaten beschuldigt wurden, Zivilisten getötet zu haben.

Krieg ist ein blutiges Geschäft, aber die Regeln des Krieges sollten vorhanden sein und funktionieren. Lassen Sie also die Militärstaatsanwaltschaft klären, ob die Soldaten bei dem Vorfall im März tatsächlich ihre Befugnisse überschritten haben. Nach dem, was heute bekannt ist, ist dies nicht unumstritten. Und wenn sich herausstellt, dass die eingreifenden Soldaten sich nicht zu einem Vergehen haben hinreißen lassen, sondern in Notwehr gehandelt haben, dann kann man durchaus von „übereifrigen“ Reaktionen der Staatsanwaltschaft und der Gendarmerie sprechen. Hüten wir uns also vorerst vor einer übereifrigen Bewertung des Vorfalls. Ja, die Soldaten sollten sich bei der Ausübung ihrer Pflicht sicher fühlen, aber das sollten auch die Gendarmen und Staatsanwälte.

Und was ist der weitere Kontext der aktuellen Kontroverse? Offensichtlich der politische. Schließlich ist der Wahlkampf im Gange. Tusk hat im Grunde die Linie des Kaczyński-Lagers in der Grenzfrage bestätigt. Allerdings mit deutlichen Korrekturen. Er will, dass der Grenzzaun verstärkt wird, weil seiner Meinung nach der PiS-Grenzzaun nicht so funktioniert, wie er sollte. Er will eine „Pufferzone“, neue Sperren und Befestigungen, um einen möglichen Angriff feindlicher Streitkräfte auf unser Gebiet zu verhindern. Er will Milliarden von Złoty für diese Zwecke bereitstellen. Er handelt in der Überzeugung, dass wir alles tun müssen, um Polen zu verteidigen. Das klingt einerseits patriotisch, wirft aber andererseits Fragen auf.

Denn hier gibt es noch ein ethisches Problem: Wie verhalten sich all diese Pläne zum humanitären Aspekt? Vor diesem Hintergrund wächst die Kritik an Tusks Grenzpolitik seitens seiner linken Koalitionspartner und der vielen Aktivisten, die seit Jahren versuchen, Hilfe an der Grenze zu den Bedürftigen zu bringen. Tusk selbst sagt öffentlich, dass eine effektive Grenzverteidigung Empathie für die Unterprivilegierten nicht ausschließt, stellt aber den Sicherheitsaspekt in den Vordergrund. In der Theorie hat er Recht, in der Praxis sehen wir das nicht. Das Zurückstoßen von Menschen, insbesondere von Frauen und Kindern, aus dem Grenzgebiet geht weiter. Ersuche um Asylschutz werden ignoriert. Stattdessen wird betont, dass die Zahl der Versuche, diese unglückliche Grenze zu überqueren, jeden Monat in die hunderte geht. Nun, Tusk ist ein Politiker, der Regierungschef, er denkt und handelt politisch. Er muss damit rechnen - und ich hoffe, er tut es -, dass er den Preis, den er dafür zahlen muss, politisch zahlen muss.

Agnieszka Holland, Autorin des gefeierten Films „Green Border“, einem Appell an die Menschlichkeit in der Migrantenfrage, brachte ihre Enttäuschung zum Ausdruck: Vor den Wahlen am 15. Oktober hätten die derzeitigen Machthaber in dieser Frage mit einer anderen Stimme gesprochen. Sie hatte einen „menschlicheren“ Ansatz erwartet. Aber es habe sich herausgestellt, dass sich „demagogische Propaganda, die die Menschen für nationalistisches, fremdenfeindliches und rassistisches Verhalten erwärmt“, besser verkaufe, verkündete sie im Studio des Tusk nicht wohlgesonnenen Fernsehsenders Polsat. Die Botschaft ist klar: Tusk ist schuld. Nach Ansicht der prominenten Filmregisseurin, die in der Welt der Kultur und unter engagierten Grenzaktivisten Autorität genießt, irrt sich Tusk, wenn er daraufsetzt, mit einer harten Linie in der Grenzfrage rechtsradikale Wähler anzuziehen. Dafür könnte er diejenigen verlieren, die wie sie von der neuen Regierung einen neuen, humaneren Ansatz in dieser Frage erwartet haben.

Und das könnte in der Tat so sein. Zugeständnisse an die extreme Rechte führen nie zu einem gesunden Kompromiss.

Zsfg.: AV

<https://szostkiewicz.blog.polityka.pl/2024/06/06/strzaly-ostzegawcze/?nocheck=1>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: wp.pl

„Über Schuld und Strafe entscheidet das Gesetz, egal ob der Täter ein Präsident oder ein Minister ist. Diese amerikanische Lektion müssen die polnischen Politiker auswendig lernen. Sie alle.“

Donald Tusk

Quelle: <https://wiadomosci.wp.pl/sad-zdecydowal-ws-trumpa-wymowny-komentarz-tuska-7033347774790336a>

nzz.ch

Russland zieht Polen immer tiefer in den hybriden Krieg – nun will Warschau die Grenze militärisch abriegeln

<https://www.nzz.ch/international/hybrider-krieg-mit-russland-polen-ruestet-ostgrenze-militaerisch-auf-ld.1833722>

euroactiv.de

Europawahl: Frankreich, Deutschland und Polen dauerhaft Ziel russischer Desinformation

<https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/europawahl-frankreich-deutschland-und-polen-dauerhaft-ziel-russischer-desinformation/>

welt.de

EU stellt Rechtsstaatsverfahren gegen Polen an

<https://www.welt.de/politik/ausland/article251394500/Neues-Kapitel-EU-stellt-Rechtsstaatsverfahren-gegen-Polen-an.html>

handelsblatt.com

Sperrzone zu Belarus – Polen riegelt die Grenze militärisch ab

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/migration-sperrzone-zu-belarus-polen-riegelt-die-grenze-militaerisch-ab/100043185.html>

euronews.com

Pläne zur Ermordung von Selenskyj: Polen nimmt 18 Verdächtige fest

<https://de.euronews.com/my-europe/2024/06/03/plane-zur-ermordung-von-selenskyj-polen-nimmt-18-verdachtige-fest>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik